

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. Im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. 50 Pf. (einschl. Abzug).  
Wichtig. Alle Postanfragen, Änderungen und Bestellungen sind zu richten an die Geschäftsstelle.  
Redaktionen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingeleiteter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: die 3 gespaltene Zeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpfg. p. Linie, die 2 gespaltene Zeile im restlichen Teile 1 Reichsmark. Nachdruckgebühren 20 Reichspfennige. Gewöhnliche Anzeigen werden nach Möglichkeit Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen für die Wichtigkeit der Angelegenheiten werden nach dem Ermessen der Redaktion in Konkurrenz gestellt. Anzeigen nehmen alle Verwaltungen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 219 — 90. Jahrgang      Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Sonnabend, den 19. September 1931

## Die Erde bebt.

Monologe in Genf. — Herkuldämmernde Erkenntnis. — Fernwärme Kraft. — Lichtblicke.

Man hat in Genf auf der Völkerverammlung selbst recht deutlich gespürt, diesem Gefühl auch unzweideutig Ausdruck gegeben: In den zwölf Jahren seines Bestehens ist diese „hohe Versammlung“ — und man kann auch gleich den Völkerverbund hinzurechnen — in der Wertschätzung der Völker selbst durchaus nicht etwa gestiegen, sondern die Genfer Tagungen stießen auf immer größere Interesslosigkeit. Denn wenn man sich nun einmal fragt: Was kommt bei solch einer Tagung eigentlich heraus, welches ist der Ertrag dieser Diskussionen in all den Versammlungen des Völkerverbundes, Völkervertrates, Europa-Ausschusses und der schier unzähligen sonstigen Haupt-, Unter- und Sonderausschüsse? Dann können selbst die wundervollsten, glattesten und emsig gefeilteten Schlüsse und Dankesreden die Antwort: Nichts! wirklich nicht überbieten. Wir Deutsche haben allerdings noch die Separatantwort: Weniger als nichts, für uns Schädliches nämlich! Wird doch mit dieser Septembertagung die geschichtliche Tatsache der Erwirkung des Zolluniongebändens verknüpft sein. Und des weiteren die Feststellung, daß in der furchtbarsten Krise, die die Welt nach dem großen Krieg erlebte, zwar zahlreiche Reden über dieses Thema gehalten wurden — Briand vermißt selbst dies! —, daß aber alle diese Reden eigentlich nur „Monologe“ waren, die zum allergrößten Teil nicht einmal den Reiz der Originalität besaßen, sondern nur tausendmal Besagtes wiederholten. „Man könne die besten Absichten haben; sobald man aber vor der gebieterischen Notwendigkeit des Schutzes der eigenen Wirtschaft stehe, müsse man sich dieser beugen.“ Inherte der französische Handelsminister. Das ist zwar richtig, paßt aber doch eigentlich nicht so recht zum Zweck und Ziel des Europa-Ausschusses, geschweige denn zum „Geiste wirtschaftlicher Solidarität“, von dem der „Bund der Nationen“ erfüllt sein — sollte! Und es paßt auch nicht zu der allmählich herausdämmenden Erkenntnis — von der freilich bis zu zweifelsprechenden Zeiten noch ein meilenweiter Weg wäre —, daß isoliertes Handeln eines einzelnen Volkes oder Staates die Rettung und Erlösung bringen kann. Alles Richtige bleibt noch zu tun — dieser nur Tatsächliche feststellenden Kritik des deutschen Außenministers hat in Genf ja auch niemand widersprochen und man kann logischerweise diesen Satz ohne weiteres vervollständigen: „... weil eben bisher etwas Wichtiges nicht getan worden ist.“ Draußen, außerhalb der Genfer Sitzungssäle, werden die Völker nicht widersprechen! Drinnen achtete man aber gar nicht auf das schon längst nicht mehr nur dumpfe Grollen in der Tiefe und drinnen ging spurlos, wirkungslos auch ein anderes Wort des deutschen Außenministers vorbei: „Die Erde bebt!“ — die Weltwirtschaftskrise ist zu einer Gewalt geworden, die die Oberfläche des ganzen Erdensystems immer schwerer erschütterte. „Es ist nichts Wichtiges geschehen“, — auch die sehr beachtete Genfer Tagung tat nichts, um diese Kritik weniger zutreffend zu machen.

Was steht dann noch fest und unerschütterlich, wenn ein Leben von diesem Ausmaß die Erde schüttelt? Mühe genug kostet es selbst dem weltbeherrschenden England, sich wieder einen einigermaßen sicheren Boden unter den Füßen zu schaffen. Auch dieses einst so stolze Gebäude trachtet unter den Stößen. Gandhi, der Führer der indischen Freiheitsbewegung, ist ja zur Konferenz am „Runden Tisch“ — wo es kein „oben“ der Engländer, kein „unten“ der Juden gibt — zwar erschienen, erklärt aber alsbald, von seinem Ziel, der Selbstständigkeit Indiens, nicht ablassen zu wollen. England ist heute kaum noch, wie vor zwei Jahren, der Staat, der mit Waffengewalt die Volksbewegung in diesem seinem kostbaren Besitz niederschlagen will oder — kann. Auch Englands Kraft wurde zermürbt durch die Wirtschaftskrise. Kurzfristige Torheit wäre es, als Deutscher sich schadenfroh dessen zu freuen. Oder sich heimlich die Hände zu reiben bei der Kunde, daß auf Englands Schiffe ein — Lohnstreik ausbrach! Man kennt wohl noch das politische Scherzwort, das vor 30 Jahren die preussischen Konserverativen als „St. Majestät lokale Opposition“ bezeichnete. Ähnliches kann man auch von den englischen Matrosen und Meuterern sagen, die nicht an Revolution oder Rebellion denken, sondern nur eine allzu heftige Herabsetzung ihres Soldes verhindern wollen. Für deutsches Denken hört sich das ja beinahe unsäglich an, aber selbst Englands „grand fleet“, seine „Große Flotte“, bleibt nicht verschont von dem drohenden Leben, das die Welt durchgröht.

Daß Deutschland solche Stöße noch viel stärker verspürt, unter ihnen noch viel mehr leidet, — dafür ist zwar nicht in dem nur politisch eingestellten Genf, wohl aber in den führenden Finanz- und Wirtschaftskreisen der Welt ein Verständnis erwachsen, das doch auch zu einigen Taten schritt. Übermäßig eilig hatte man es freilich damit nicht; fast zwei Monate hat es gedauert, ehe hinter das Stillhalteabkommen der Schlupfwinkel gesetzt werden konnte und es nun zur Wirksamkeit wurde. Vielleicht hat dabei etwas „aufseuernd“ gewirkt, daß Deutschland im

## Winterprogramm der Reichsregierung.

Um Steueramnestie und Arbeitsbeschaffung.

Es ist durchaus noch zweifelhaft, welchen Weg die Reichsregierung endgültig zu geben gewillt ist, um auf einer Seite in der nächsten Zeit bereits zum 15. Oktober verlängerten Steueramnestie einen verstärkten Anreiz in den Rückfluß flüchtigen Kapitals zu schaffen und andererseits neue Möglichkeiten zur Beschaffung von Arbeit zu erschließen. Die mit dem Vortrag des Reichszanzen beim Reichspräsidenten endgültig abgeschlossene Verordnung über die Bankenaufsicht und die kleine Aktienrechtsreform dürfte keineswegs so einschneidende Eingriffsmöglichkeiten in den Bankbetrieb enthalten, wie sie zeitweilig erörtert worden sind, vielmehr wird es sich um eine ziemlich summarische Aufsichtsverordnung handeln. Die Bestimmungen über das Aktienrecht werden unter anderem die Vorschrift enthalten, daß im Höchstfalle nur 20 Aufsichtsratsposten in einer Hand vereinigt sein dürfen.

## Reichstag in Sicht.

Regierung und Parteien rufen.

Der Wiederzusammentritt des Reichstages im Oktober macht sich bereits stark in den Arbeiten von Parteien und Regierung bemerkbar. Reichstagspräsident Löbe wird in den nächsten Tagen bereits den Reichszanzen auffuchen, um mit ihm darüber zu verhandeln, welche Angelegenheiten den Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im Oktober beschäftigen sollen. Soweit die Reichstagsfraktionen noch keine vorbereitenden Besprechungen zum 13. Oktober gehabt haben, werden sie noch bis zu diesem Termin eine gewisse Klärung ihrer Stellungnahme zu den wichtigen Vorlagen, die ihrer harren, vorzunehmen suchen. So ist die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei zum 27. September zu einer Sitzung einberufen worden, und der Reichsausschuss des Zentrums wird zu einer Sitzung am 23. September in Berlin zusammentreten. Es wird eine Aussprache über die politische Lage stattfinden, zu der Reichszanzen Dr. Brüning sprechen wird. Der Reichszanzen hat auch Vertreter der Wirtschaftspartei zu einer einständigen Unterredung empfangen. Die Besprechungen werden in aller Kürze fortgesetzt werden. Der Kanzler sagte, wie verlautet, insbesondere auf dem Gebiete der Kreditversorgung der Mittelstandskreise eine eingehende Durchprüfung der vorgelegten Wünsche zu und betonte nachdrücklich, daß er, wie die gesamte Reichsregierung, die Notwendigkeit der Erhaltung eines lebensfähigen Mittelstandes in Stadt und Land in vollem Umfang anerkenne und weitestgehend zu fördern bereit sei.

In mehreren Blättern ist ferner die Meldung verbreitet worden, daß der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, vom Reichspräsidenten empfangen worden sei, beziehungsweise empfangen werden sollte. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, beruht diese Meldung auf Kombination. Hitler hat eine Unterredung beim Reichspräsidenten auch gar nicht nachgesucht. Auch einige Veränderungen in der Zusammenfassung des Reichstages sind während der Ruhepause vor sich gegangen, so hat, wie verlautet, der frühere nationalsozialistische braunschweigische Minister Dr. Franzen dem Reichstagspräsidenten mitgeteilt, daß er sein Reichstagsmandat niederlege. Nach dem nationalsozialistischen Wahlvorschlag würde für Dr. Franzen der Schmiedemeister Hans Kummerfeldt in den Reichstag eintreten.

Reichspräsident von Hindenburg läßt sich über die wichtigen Verhandlungen des Reichskabinetts und seiner Ausschüsse über das Programm der Nothilfe

August zum weitaus größten Ausfuhrland Europas geworden ist. Noch niemals seit der Währungsstabilisierung war der deutsche Ausfuhrüberschuß derart groß — eine Viertelmilliarde — wie in vergangenen Monaten. Aber vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist hierbei eine Seite besonders erfreulich: die Einfuhr von Lebens- und vor allem von Genussmitteln ging wiederum stark zurück. Gegen Januar 1931 wertmäßig um 40 Prozent und gegen den Jahresdurchschnitt etwa von 1929 sogar um 50 Prozent, also bis auf die Hälfte. Daß der allgemeine Preissturz am Weltmarkt nicht zu vergessen ist, bleibt selbstverständlich, ebenso, daß die gesunkene Kaufkraft der Verbraucher mitwirkt. Aber auch das ändert nichts an der Tatsache selbst, daß wir in rasch steigendem Umfang uns die Erzeugnisse zunutze machen, die uns der heimische Boden spendet. Und in diesem Sinne nehmen wir das oben zitierte Wort des französischen Handelsministers auf, daß man dann, sobald man „vor der Notwendigkeit des Schutzes der eigenen Wirtschaft steht“, sich dieser Notwendigkeit beugen müsse. Namentlich dann, wenn man die Einsicht in diese Notwendigkeit gewonnen hat.

Dr. Br.

der Reichsregierung, besonders um die Maßnahmen zur Beschaffung von Arbeit ständig durch Vorträge des Reichszanzen auf dem laufenden halten. Die Notverordnung der Reichsregierung über die Bankenaufsicht und die besonders wichtigen Teile der Aktienrechtsreform steht unmittelbar vor der Veröffentlichung.

## Erweiterung der Ratenzahlung von Dienstbezügen.

Geteilte Anzahlung im Privatdienst nicht mehr gestattet.

Im Reichsgesetzblatt ist eine zweite Durchführungsverordnung zur Verordnung des Reichspräsidenten über die Auszahlung von Dienstbezügen vom 18. Juli 1931 enthalten. Die Verordnung ist vom 14. September datiert und bestimmt, daß der § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 18. Juli 1931 gestrichen wird.

§ 6 der damaligen Verordnung des Reichspräsidenten lautete bekanntlich: „Bezüge für Dienstleistungen im Privatdienst, die für einen Zeitraum von mindestens einen Monat gewährt werden, können vorübergehend von den Zahlungspflichtigen an anderen als den bisherigen Auszahlungstagen ausbezahlt werden.“

Die Durchführungsverordnung bestimmt des weiteren, daß der Reichsminister der Finanzen für das Reich, für die Länder, die Gemeinden (Gemeindevorstände) und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts anordnen kann, daß die Bezüge ganz oder teilweise später ausbezahlt werden können, als ursprünglich gemäß § 1 der Durchführungsverordnungen vom 18. Juli 1931 vorgesehen war. In § 1 dieser Notverordnung war bekanntlich angeordnet worden, daß vorübergehend die Bezüge in der Weise ausbezahlt werden sollen, daß die Hälfte der Monatsbezüge am bisherigen Auszahlungstag und der Rest zehn Tage später ausbezahlt werden sollten. Ferner wird dabei bestimmt, daß, soweit der Reichsminister der Finanzen eine solche Anordnung getroffen hat, die obersten Landesbehörden für die Länder und für die Gemeinden usw. eine solche Anordnung treffen können. Die oberste Landesbehörde kann auch anordnen, daß die Bezüge später auszuzahlen sind, als der Reichsfinanzminister gemäß Absatz 1 angeordnet hat. Die oberste Landesbehörde kann wieder die Gemeinden zu einer entsprechenden Anordnung ermächtigen.

Ferner ist in der Verordnung eine Vorschrift enthalten, wonach die Vorschriften dieser Verordnung nicht für Bezugsberechtigte gelten, deren Gesamtbezüge monatlich aus einer Kasse 20 Mark nicht überschreiten.

## Umbildung der badischen Regierung.

Der Badische Landtag nahm die durch den Tod des Staatspräsidenten Bittmann notwendig gewordene Umbildung der Regierung vor. Gewählt wurden in geheimer Wahl der bisherige Kultus- und Unterrichtsminister Dr. Schmitt, Zentrum, mit 52 Stimmen zum Justizminister, der bisherige Präsident des Badischen Rechnungshofes, Chef der Badischen Zentrumspartei, Dr. Baumgartner, mit 53 Stimmen zum Kultus- und Unterrichtsminister und Dr. Schmitt zum Staatspräsidenten.

## Auftakt zum Deutschnational. Parteitag

Stettin, 18. September. Zum 10. Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei, der in diesen Tagen in der pommerischen Landeshauptstadt stattfindet, liegen bereits über 1300 Anmeldungen aus allen Teilen des Reiches vor, wogegen auf dem letzten Parteitag in Kassel etwa 750 Teilnehmer vertreten waren. Den Auftakt zum Parteitag bildete am Freitag nachmittags eine Sitzung des Parteivorstandes, die in erster Linie organisatorischen Fragen gewidmet war. Zur Durchführung organisatorischer Maßnahmen wurden dem Parteiführer Dr. Eugenberg besondere Vollmachten erteilt. Im Vordergrund der Erörterungen standen Jugend- und Arbeiterfragen. Die Referate stellen ein starkes Anwachsen der deutschnationalen Jugendbewegung fest, wie es vor allem in der Gründung von Kampfvereinigungen junger Deutschnationaler zum Ausdruck kommt. In der politischen Aussprache wurde in bewusster Abkehr von demokratischen Gepflogenheiten das Führerprinzip in den Vordergrund gestellt. Man beschäftigte sich weiter mit den Gefahren, die in dem einseitig französischen Kurs unserer Außenpolitik lägen, und übte scharfe Kritik an der Haltung der Regierung gegenüber den dringenden Problemen unserer Notlage und gegenüber dem organisierten Nord, der die Gefahren eines Bürgerkrieges heraufbeschwöre. Die Aussprache schloß mit einem starken Bekenntnis zu Eugenberg sowie mit der Forderung, des der Rechten dem Willen des Volkes entsprechend der Weg freigegeben werde.